

Georgier-Problem: Geld für Sicherheitskonzept

Gemeinde Friedland beschließt Nachtragshaushalt und plant 10 000 Euro als Zusatzausgabe ein

VON JÜRGEN GÜCKEL

Friedland. Einstimmig hat der Rat der Gemeinde Friedland den Nachtragshaushaltsplan 2012 beschlossen. Darin enthalten ein ausgeglichener Ergebnishaushalt, aber auch rund 40 000 Euro mehr Investitionen als bisher veranschlagt (Tageblatt berichtete). Damit beträgt der Kreditbedarf jetzt rund 205 000 Euro. Überraschend sind nunmehr auch 10 000 Euro für die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für den Ort Friedland veranschlagt, um damit den kriminellen Machenschaften einer kleinen Gruppe georgischer Asylbewerber im Grenzdurchgangslager zu begegnen.

Den Vorschlag für diesen Posten hatte Gemeindegemeinderat Andreas Friedrichs (SPD) eingebracht, nachdem er in dieser Woche in Hannover mit Innenminister Uwe Schünemann (CDU) und Justizminister Bernd Busemann (CDU) über die Georgier-Problematik gesprochen hatte und diese nach Friedrichs Worten erklärt hatten, sie wollten sich „persönlich des Problems annehmen“. Finanzieren soll sich der Posten aus dem bisherigen Ansatz für die Neuausstattung der Besprechungsräume der Verwaltung, der von 20 000 auf 10 000 Euro Investitionssumme zusammengestrichen wurde.

Bei der Diskussion traten die allgemeinen Etatansätze in den Hintergrund. Ausdrücklich wurde begrüßt, dass mit „dieser Summe gegen Kriminelle“ (Margot Blotevogel, SPD) ein „Signal gesetzt wird“ (Alexander Frey, SPD), um etwas „gegen diesen unfassbaren Zustand zu tun“ (Wolfgang Meyer-Andres, Grüne). Das Konzept solle Maßnahmen finanzieren, um „verlorengangenes Sicherheitsgefühl wieder herzustellen“ (Friedrichs). Denn es sei „nicht hinzunehmen, dass eine kleine Gruppe Krimineller uns auf der Nase herumtanzt“ (Reinhard Dickehut, SPD), mithin also „unhaltebare Zustände herrschen“ (Annette Wollenweber, CDU).



Immer wieder Ziel von Einbrechern und Ladendieben: Edeka-Neukaufmarkt in Friedland.

Heller

Gemeint sind georgische Asylbewerber, die seit April in Friedland aufgenommen werden und von denen bereits 70 (von 128) als Diebe oder Einbrecher erwischt wurden und denen mehr als 150 Straftaten zugerechnet werden (Tageblatt berichtete). Was genau die Gemeinde gegen die Missstände tun kann – vorgeschlagen wurden zum Beispiel private Sicherheitsdienste –, solle der Bürgermeister „aber dem Rat berichten“, forderte Ute Haferburg (Grüne). Der Ratsvorsitzende Dirk Böning (CDU-Fraktion) fasste schließlich den Ratsbeschluss zur Finanzierung eines Sicherheitskonzeptes für den Ort Friedland so zusammen: „Wenn es nur dadurch möglich ist, müssen wir es eben tun. Aber auf lange Sicht muss der Träger Abhilfe schaffen.“

KOMMENTAR

Dreierlei Signalwirkung

VON JÜRGEN GÜCKEL

Das muss man sich einmal veranschaulichen: 10 000 Euro Gemeindegeld für ein Sicherheitskonzept, weil das Innenministerium, das den Unsicherheitszustand in Friedland zu verantworten hat und zugleich für Sicherheit im Land zuständig ist, mit seinen Mitteln keine Abhilfe schafft. Ob ein Konzept das kann, darf bezweifelt werden.

Es setzt aber ein Signal – nein, drei Signale. Erstens: Die betroffenen Geschäftsleute sollen wissen, dass man ihr Problem ernst nimmt und wenigstens auf kommunaler Ebene geholfen wird, soweit es geht. Zweitens: Polizei und Justiz müssen aus dem Ratsbeschluss schließen, dass man ihrem Wirken allein nicht mehr zutraut, die Bevölkerung hinreichend vor dieser Gruppe Krimineller zu schützen. Und drittens: Die Minister Schünemann und Busemann erfahren durch diesen Ratsbeschluss, dass man ihr Versprechen vom „persönlich kümmern“ für das nimmt, was es aller Erfahrung nach ist: eine inhaltslose Formulierung für einen bittstellenden Bürgermeister, den man mit

leeren Händen nach Hause schickt. Wann immer künftig die alten, nun doch nicht erneuerten Sitzungsstühle knarren und drücken, wird sich jedes Ratsmitglied erinnern: Das Land setzt uns Kriminelle in unsere Mitte, und unsere Mitbürger müssen es nicht nur aushalten, sondern auch mehrfach dafür bezahlen.



Folge des Bürgerkrieges

200 syrische Flüchtlinge

Friedland (nie). Der andauernde Bürgerkrieg in Syrien wirkt sich verstärkt auf die Auslastung des Lagers Friedland aus. Derzeit seien mehr als 200 Syrer im Lager untergebracht, sagte Lagerleiter Heinrich Hörnschemeyer. Anfang des Jahres lag die Zahl der syrischen Flüchtlinge noch bei 50. Friedland ist seit dem vergangenen Jahr die zentrale Erstaufnahmeeinrichtung für alle Asylbewerber, die nach Niedersachsen kommen.

Am 9. Oktober kommt außerdem eine weitere Gruppe von 105 sogenannten Resettlement-Flüchtlingen nach Friedland, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die auf absehbare Zeit weder in ihr Heimatland zurückkehren können noch eine Perspektive in ihrem Zufluchtsland haben. Die Bundesrepublik hat sich bereit erklärt, insgesamt 900 Flüchtlinge aus dem EU-Resettlement-Programm aufzunehmen.

Die Anfang Oktober eintreffende Flüchtlingsgruppe besteht aus irakischen Staatsangehörigen, die in die Türkei geflohen waren. Während ihres zweiwöchigen Aufenthaltes in Friedland werden sie an einem „Wegweiserkurs“ teilnehmen, in dem ihnen erste Sprachkenntnisse und Informationen zum Leben in Deutschland vermittelt werden. Danach werden sie auf die verschiedenen Bundesländer verteilt.

Bereits Anfang September war eine Gruppe von knapp 200 Resettlement-Flüchtlingen aus verschiedenen afrikanischen Staaten, die zuvor in einem UNHCR-Zeltlager an der tunesisch-libyschen Grenze untergebracht waren, in Friedland aufgenommen worden. Sie haben das Lager inzwischen verlassen, 28 von ihnen leben in verschiedenen Kommunen in Niedersachsen.

Rosdorfer Biogasanlage wird erweitert

Großer Behälter kommt hinzu / Maisernte beginnt am 4. Oktober / Warnung vor Wildschweinen

Rosdorf (afu). Kaum ist die Biogasanlage am Wartbergkreisel im Sommer fertiggestellt worden, wird sie auch schon wieder erweitert. Das sagt Joachim Hübner, Sprecher des Betreibers Biogas Göttingen GmbH und Geschäftsführer des Landvolks Göttingen. Neben einer neuen Siloplatte

solle auch ein neuer, großer Behälter hinzukommen. Das habe alles seine Richtigkeit. Die Anlage sei von vornherein größer beantragt und auch genehmigt worden, so Hübner. Die Gemeindeverwaltung Rosdorf bestätigt das.

Derweil steht die Maisernte für die Rosdorfer Anlage kurz

bevor. Hübner rechnet mit einem Beginn am 4. Oktober und einer Dauer von etwa zwölf Tagen. Dies dürfte vor allem Einwohner der Dörfer interessieren, durch die der Anlieferverkehr zur Anlage läuft – wie zum Beispiel Niedernjesa oder Obernjesa. Zumindest in diesem Jahr für den Betrieb der Ros-

dorfer Biogasanlage laut Hübner mehr Mais geerntet wird als ursprünglich geplant – nämlich statt 560 rund 700 Hektar. Grund sei die lange Frostperiode im Frühjahr, bei der viele Getreidepflanzen zerstört wurden. Daraufhin hätten einige Bauern Mais nachgepflanzt. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr wurden nur 420 Hektar Mais geerntet. Da sei die Anlage aber auch erst angefahren worden, erklärt Hübner.

Im Bauausschuss der Gemeinde Rosdorf beschwerte sich eine Bewohnerin des Baugebiets am Wartberg über Geruchsbelästigungen durch die benachbarte Biogasanlage. „Das riecht man schon.“ Karsten Rindermann von der Verwaltung entgegnete: „Eine Biogasanlage darf auch riechen“ – wenn auch nicht übermäßig.

Derweil mahnt der Deutsche Jagdschutzverband Autofahrer zur Vorsicht: Die Maisernte erhöhe das Unfallrisiko mit Wildschweinen – vor allem tagsüber. Durch die Ernte verlören die Wildschweinrotten ihre Sommerunterkunft. Beunruhigt von den Landmaschinen querten die bis zu 40 Tiere starken Familienverbände jetzt häufig auch tagsüber die Straßen.



Bekommen schon bald Gesellschaft: Behälter der Biogasanlage Rosdorf.

Hinzmann

ANZEIGE

Kleintierpraxis
Dr. med. vet. Thomas Wystub

20 Jahre



Wir sagen Danke!

Herzberger Landstraße 43a
37085 Göttingen
Tel. 0551-41 211
www.kleintierpraxis-dr-wystub.de